

## Sommersession 2023 Sessionsrückblick - 2. Woche



### **Nationalrat will indirekten Gegenvorschlag zur Renteninitiative**

Der Nationalrat will eine Schuldenbremse in der AHV, als indirekten Gegenvorschlag zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Die zuständige Kommission muss nun eine Vorlage erarbeiten. Über das Volksbegehren selbst hat der Nationalrat am Montag noch nicht entschieden.

Beim Entscheid über die AHV-Schuldenbremse folgte die grosse Kammer knapp, mit 93 zu 92 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Antrag einer Minderheit ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N). Nebst der FDP votierten auch die SVP und die GLP dafür, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Die gibt der Kommission eine Chance, eine bessere Lösung für die Finanzierung der Renten der Babyboomer zu finden.

Das Ja der SVP-Fraktion zu dem Rückweisungsantrag kam überraschend. Denn Fraktionschef Thomas Aeschi (ZG) hatte zu Beginn der mehrstündigen Debatte angekündigt, man werde gegen den Minderheitsantrag stimmen. Auch eine AHV-Schuldenbremse laufe absehbar auf eine automatische Rentenaltererhöhung hinaus, sagte er. In einem ersten Anlauf hatte der Nationalrat den Rückweisungsantrag mit 90 zu 89 Stimmen bei einer Enthaltung angelehnt. Danach stimmte der Rat jedoch auf Antrag von Andri Silberschmidt (FDP/ZH) ein zweites Mal ab, weil zunächst noch nicht alle Nationalrätinnen und Nationalräte an ihrem Platz gewesen waren.

Über die Volksinitiative "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)" selbst entschied der Nationalrat am Montag nicht. Die Jungfreisinnigen wollen mit dem Volksbegehren das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung koppeln. In einem ersten Schritt würde es für beide Geschlechter auf 66 Jahre erhöht. Danach soll das Rentenalter pro Monat zusätzlicher Lebenserwartung um 0,8 Monate steigen. Der Bundesrat stellt sich gegen einen solchen Automatismus. Damit hätte die Politik keinen Spielraum mehr, um andere Kriterien wie etwa die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen, wandte er ein. Weitere Reformen der AHV seien zudem bereits in Arbeit. Der Ständerat hatte der Initiative im März eine Absage erteilt. Über einen möglichen Gegenvorschlag hatte er nicht zu befinden, da kein entsprechender Antrag vorlag.

In der mehrstündigen Debatte zeichnete sich ab, dass es die Renteninitiative auch in der grossen Kammer schwer haben dürfte. Mit Ausnahme der Freisinnigen unterstützte keine Fraktion das Vorhaben.

### **Nationalrat bewilligt Geld für Verkehrsausbauten in Agglomerationen**

Der Bund soll den Bau von Verkehrsvorhaben im städtischen Raum weiterhin unterstützen. Der Nationalrat hat für die neuen Agglomerationsverkehrsprogramme Beiträge von über 1,6 Milliarden Franken bewilligt. Für einen Strassentunnel im Tessin hat er etwas aufgestockt. Mit 196 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltung hiess der Nationalrat die Vorlage am Dienstag gut. Der Bund soll demnach beispielsweise den Ausbau der Glattalbahn im Kanton Zürich und die Ostumfahrung von Suhr AG unterstützen. Rund 1200 Massnahmen in 32 Agglomerationsprogramme in allen Landesteilen sollen zum Zug kommen.

Je ein knappes Drittel der Mittel sollen für den öffentlichen Verkehr, den Autoverkehr sowie Projekte für den Velo- und Fussverkehr verwendet werden. Berücksichtigt werden ausserdem Umsteige-Drehscheiben.



Auf Antrag der Mehrheit seiner Verkehrskommission nahm der Nationalrat den Strassentunnel Moscia-Acapulco im Locarnese in das Programm auf und erhöhte die Kreditsumme um 38 Millionen Franken, gegen den Willen des Bundesrates. Nun ist der Ständerat am Zug.

### **Räte beschliessen nach einer Solar- auch eine Windenergieoffensive**

Das Parlament will nach der Solaroffensive auch eine Windenergieoffensive: Fortgeschrittene Windkraftprojekte sollen möglichst rasch realisiert werden. Der Nationalrat hat am Dienstag die letzten Differenzen in der entsprechenden Gesetzesvorlage ausgeräumt.

Grundsätzlichen Widerstand gegen die Windkraftoffensive gab es im Parlament nur von der SVP. "Der Windexpress ist unseriös, in einigen Kantonen hat das Volk zu Windprojekten gar nichts mehr zu sagen", machte Christian Imark (AG) geltend. Er sei sich sicher, dass die "politische Hauruckübung" mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Referendum enden werde. Die übrigen Fraktionen sahen das anders. Besonders in den Wintermonaten könne die Windenergie einen wertvollen Beitrag zur Stromversorgung leisten, lautete der Tenor. Es könne nicht sein, dass Projekte über zwanzig Jahre auf ihre Bewilligung warten müssten. Es brauche eine Beschleunigung.

Das Bundesgesetz über die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen ist eines von mehreren Projekten, die den Ausbau einheimischer Energien zum Ziel haben. Das beschleunigte Verfahren soll für Windenergie-Projekte im nationalen Interesse zur Anwendung kommen, bis eine zusätzliche Leistung von 600 Megawatt installiert ist. Bei diesen Projekten soll neu der Kanton für die Baubewilligung zuständig sein. Zudem werden die Rechtsmittel gegen diesen Entscheid eingeschränkt: Er soll nur vor dem obersten kantonalen Gericht angefochten werden können. Ein Weiterzug ans Bundesgericht ist nur zur Klärung von Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung zulässig.

Die Gesetzesvorlage stammt ursprünglich von der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N). Sie begründete ihre Initiative mit der Aussage, in den Wintermonaten sei die Schweiz im grossen Masse auf Stromimporte aus dem europäischen Ausland angewiesen. Die Schweiz müsse unabhängiger werden. Die Organisation Freie Landschaft Schweiz hatte nach der Beratung im Nationalrat mitgeteilt, dass sie die Ergreifung eines Referendums prüfe. Durch den Eingriff in die kantonale Hoheit in der Raumplanung werde die Verfassung verletzt. Auch vor diesem Hintergrund passte das Parlament die Vorlage nun an. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmungen.

### **Nationalrat beschliesst einstimmig eine PUK zur CS-Notübernahme**

Der Nationalrat will eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Aufarbeitung der Notübernahme der Grossbank Credit Suisse (CS) durch ihre Konkurrentin UBS. Er hat dies am Mittwoch einstimmig beschlossen. Am Donnerstag entscheidet der Ständerat.

In der grossen Kammer herrschte seltene Einigkeit. Alle neun Rednerinnen und Redner zum Geschäft plädierten klar und deutlich für eine PUK. Die beiden Kommissionssprecher, die sechs Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen sowie Bundespräsident Alain Berset hielten eine gründliche Aufarbeitung der Ereignisse für notwendig und sinnvoll. Im Vorfeld der Debatte hatten auch die Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte (GPK-N/S) und die Büros des National- sowie des Ständerats eine Untersuchungskommission zur CS-Krise befürwortet. Der Gesamtbundesrat sicherte in der vergangenen Woche dem Parlament seine volle Unterstützung für eine PUK zu.



Die PUK soll nicht nur die Vorgänge unmittelbar vor der Notübernahme beleuchten, sondern auch jene der letzten Jahre. 14 Mitglieder soll die PUK umfassen - je sieben aus dem National- und Ständerat. Voraussichtlich in der nächsten Woche entscheiden die beiden Ratsbüros, wer in der Kommission Einsitz nehmen und wer das Präsidium sowie das Vizepräsidium übernehmen wird.

Eine PUK ist das stärkste Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht. Sie hat die gleichen Rechte wie die Geschäftsprüfungsdelegation und die Finanzdelegation. Entsprechend kann eine PUK insbesondere Personen als Zeugen befragen und die Protokolle und Unterlagen der Bundesratssitzungen einsehen. Zusätzlich kann sie einen Untersuchungsbeauftragten für die Beweiserhebung einsetzen. In der Geschichte des Bundesstaats wurde erst vier Mal eine PUK eingesetzt: nach dem Mirage-Skandal 1961, nach der Kopp-Affäre 1989, nach dem Fichenskandal 1990 und zur Abklärung von Organisations- und Führungsproblemen bei der Pensionskasse des Bundes (PKB) im Jahr 1995.

### **Nationalrat will Energieanlagen der «Lex Koller» unterstellen**

Schweizer Kraftwerke sowie Strom- und Gasnetze sollen nur unter eng definierten Bedingungen ins Ausland verkauft werden dürfen. Der Nationalrat ist auf eine entsprechende Änderung des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland eingetreten. Mit 119 zu 72 Stimmen bei 2 Enthaltungen sprach er sich am Mittwoch für die Beratung einer Änderung der sogenannten "Lex Koller" aus. Mit dieser Änderung will die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) strategisch wichtige Energieanlagen vor einem Verkauf ins Ausland schützen. Der Bundesrat und eine Kommissionsminderheit hatten Nichteintreten beantragt. Der Tenor der Mehrheit im Rat war aber, solche wichtigen Anlagen seien "too important to fail", zu wichtig für ein Scheitern. So drückte das SP-Fraktionssprecherin Jacqueline Badran (ZH) aus. Nach dem Eintreten nahm der Nationalrat die Detailberatung der Vorlage auf. Stimmt ihr die grosse Kammer am Schluss zu, geht sie noch in den Ständerat.

### **Fraktionsausflüge**

Am Mittwochnachmittag fanden die Fraktionsausflüge statt. Die SVP reiste mit dem Car ins Glarnerland. Sie besuchte nach dem Mittag das House of Läderach in Bilten. Auf einem Rundgang lernte die Fraktion Wissenswertes über die Unternehmensgeschichte und sie erhielt einen ersten Einblick, wie man Schokolade mit allen Sinnen geniessen und degustieren kann. Im Anschluss ging es mit den SVP-Bundesräten weiter zum SVP bi de Lüt nach Glarus.





### **Nationalrat spricht Geld für drei Genfer Zentren**

Der Nationalrat will drei Genfer Zentren im Bereich der Sicherheits- und Friedenspolitik in den Jahren 2024 bis 2027 mit 129.7 Millionen Franken unterstützen. Als Erstrat hat er einen entsprechenden Rahmenkredit gutgeheissen. Die grosse Kammer nahm die Vorlage mit 156 zu 23 Stimmen bei einer Enthaltung an. Das Geld soll dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie dem Genfer Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors (DCAF) zugutekommen. Dabei handelt es sich um drei unabhängige Stiftungen mit internationaler Trägerschaft, welche die Schweiz zwischen 1995 und 2000 gründete.

### **Kein 5-Milliarden-Hilfspaket für die Ukraine**

Der Bund soll keine Hilfsgelder für die Ukraine sprechen. Der Nationalrat lehnt eine entsprechende Motion seiner aussenpolitischen Kommission (APK-N) ab. Diese wollte den Bundesrat beauftragen, ein Unterstützungspaket von mindestens fünf Milliarden Franken auszuarbeiten. Die Gegner bestehend aus SVP, FDP und Mitte setzten sich erfolgreich durch und versenkten die Motion. Sie vertraten die Ansicht, dass zahlreiche Fragen betreffend Wiederaufbau der Ukraine und die diesbezügliche internationale Zusammenarbeit noch geklärt werden müssten. Auch Aussenminister Ignazio Cassis sprach sich dagegen aus. Der Bundesrat wolle und werde beim Wiederaufbau in der Ukraine helfen, versicherte er. Zunächst brauche es aber Abklärungen zum Bedarf und zur Finanzierung der Hilfe.

### **E-Zigaretten werden künftig wieder besteuert**

Konsumentinnen und Konsumenten von E-Zigaretten müssen beim Kauf der Produkte künftig Tabaksteuer zahlen. Nach dem Ständerat hat am Donnerstag auch der Nationalrat eine entsprechende Gesetzesänderung angenommen. Die grosse Kammer hiess eine Änderung des Tabaksteuergesetzes in der Gesamtabstimmung mit 119 zu 42 Stimmen bei 30 Enthaltungen gut. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Das Gesetz sieht eine tiefere Steuer vor als bei klassischen Tabakzigaretten. Damit soll nach Aussage des Bundesrats dem geringeren Schädlichkeitspotenzial von E-Zigaretten Rechnung getragen werden. Konkret beträgt der Steuersatz bei wiederverwertbaren E-Zigaretten zwanzig Rappen pro Milliliter nikotinhaltige Flüssigkeit. Bei E-Zigaretten zum Einmalgebrauch liegt er bei einem Franken pro Milliliter Flüssigkeit - unabhängig vom Nikotingehalt.

### **Nationalrat will das Zollgesetz beraten und nicht zurückweisen**

Der Nationalrat will das totalrevidierte Zollgesetz beraten, gegen den Willen seiner zuständigen Kommission. Deren Mehrheit hatte die komplexe Vorlage als noch nicht behandlungsreif bezeichnet und sie an den Bundesrat zurückschicken wollen. Der Nationalrat fällt die Entscheidung am Donnerstag mit 100 zu 78 Stimmen und mit 9 Enthaltungen. Eine knappe Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) hatte die Rückweisung beantragt. Durchgesetzt hat sich nun eine Minderheit aus SVP, SP und FDP. Der Nationalrat wird die Detailberatung später durchführen.

Bern, im Juni 2023  
David Zuberbühler